

> Jahresbericht



2015

Wie der Bericht der Geschäftsführung in statistische Zahlen gegossen verdeutlicht, war 2015 für dowas ein Jahr mit viel Arbeit: Zu den in den letzten Jahren schon zur Gewohnheit gewordenen Steigerungsraten kamen 2015 noch diejenigen Flüchtlinge hinzu, die mittlerweile als Konventionsflüchtlinge anerkannt waren und auf der Suche nach Arbeit und Wohnung beim dowas vorstellig wurden. Für die stark gestiegenen Frequenzen in der Beratungsstelle hätten wir dringend mehr Personal einstellen müssen, um die Arbeit in einigermaßen akzeptablen Verhältnissen abzuwickeln. Da sich die Verhandlungen mit der Stadt Bregenz und dem Land über einen Umzug in größere Räumlichkeiten jedoch über das ganze Jahr weiter hinzogen, mussten wir den Andrang weiterhin in unseren bisherigen, mittlerweile viel zu engen Räumen in der Quellenstraße und in der Merbodgasse bewältigen. Und dort aber gibt es einfach keinen einzigen Platz für mehr MitarbeiterInnen. Ich habe mich persönlich von den schwierigen Bedingungen überzeugt, unter denen unsere MitarbeiterInnen derzeit ihre Arbeit verrichten und möchte ihnen allen an dieser Stelle den Dank des Vorstandes ausdrücken, dass sie dennoch so engagiert bei der Stange geblieben sind.



peter.niedermaier@dowas.at

VORWORT DES VORSITZENDEN

Genauso danken möchte ich allen Vorstandsmitgliedern für die konstruktiven Auseinandersetzungen und Entscheidungsfindungen, auch dass sie bei den zahlreichen Irrungen und Wirrungen, abseits der Fontane'schen weiten Felder, dieses Jahres mitgegangen sind, insbesondere die bei den Verhandlungen über neue Räumlichkeiten für das dowas. In diesen Dank schließe ich die Mitglieder unseres Beirates ein, der sich mittlerweile etabliert hat und wertvolle Diskussionsbeiträge aus der Außensicht liefert.

Nicht nachvollziehbar bleibt für den Vorstand auch weiterhin die Einstellung der Förderung des Sozialfonds für unsere stationäre Wohngemeinschaft in Lauterach (Intensivwohnprogramm) zum Jahresende – vorgeblich aus Kostengründen. Die **Schließung der Wohngemeinschaft** passt sich ein in das stete Klagen über „**ausufernde Sozialausgaben**“, die das Landesbudget belasten sollen und einen immer höheren Anteil darin einnehmen. Nun sind in der Tat zum Beispiel die Ausgaben für die Mindestsicherung in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Allerdings ist das nichts Ungewöhnliches in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise. Im Gegenteil: Es ist die (ökonomische) Funktion von Sozialleistungen in einem modernen Sozialstaat, in Krisenzeiten durch Mehrausgaben die Nachfrage zu stärken und damit einen konjunkturellen Einbruch abzufedern. An den Rechnungsabschlüssen der Landesregierung der letzten Jahre ist zudem nicht abzulesen, dass das Land durch „ausufernde Sozialausgaben“ in Bedrängnis geraten wäre: Jahr für Jahr waren die Rechnungsabschlüsse des Landes ausgeglichen, ausgerechnet im Jahr des größten Zuwachses in der Mindestsicherung (2015) sogar ohne Rückgriff auf Rücklagen.

Geht man noch mehr ins Detail, entsteht der Verdacht, dass manche Katastrophenmeldung hinsichtlich der Sozialausgaben ein **Spiel mit statistischen Zahlen** und sorgsam gewählten Vergleichszeiträumen sein könnte. Vergleicht man bspw. die Ausgaben des Landes für die klassischen sozialpolitischen Budgetposten Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung im Jahr 2015 mit denen des Jahres 1997, tritt Erstaunliches zu Tage: Inflationsbereinigt lagen die **Pro-Kopf-Ausgaben im Jahr 2015 gut ein Viertel niedriger als 1997**. Selbst gegenüber dem Jahr 2000, dem Jahr der Euro-Einführung, ist zumindest keine Erhöhung festzustellen.

Auch der Anteil dieser beiden Budgetposten am Gesamtbudget war in den letzten zehn Jahren nie höher als die 19,5 Prozent des Jahres 2015. 1997 betrug ihr Anteil sogar noch knapp 28 Prozent. Und schon gar nicht sind diese beiden Budgetposten stärker gewachsen als die wirtschaftliche Leistungskraft: Zwischen 2000 und 2015 wuchsen die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung um 50,5 Prozent, das Vorarlberger Bruttoregionalprodukt hingegen um 65 Prozent.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, muss man die aufgeregten politischen Debatten um „aus dem Ruder laufende Sozialausgaben“ doch stark relativieren – umso mehr, als diese Debatten und die daraus resultierenden Kürzungen uns im dowas die Arbeit erschweren. Uns würde es bspw. entlasten, wenn im gemeinnützigen Wohnbau über die im Regierungsprogramm geplanten 500 neuen Wohnungen pro Jahr hinaus noch ein Zahn zugelegt würde. Rund ein Drittel der KlientInnen in unserer völlig überlaufenen Beratungsstelle brauchen nämlich keine Beratung, sondern nichts anderes als eine leistbare Wohnung.

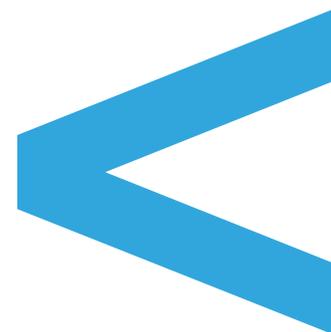
Peter Niedermaier
Vorsitzender





michael.diettrich@dowas.at

BERICHT GESCHÄFTSFÜHRUNG



Starker KlientInnenzuwachs in 2015 vor allem durch mehr Unterstützung suchende Konventionsflüchtlinge – über längeren Zeitraum betrachtet Flüchtlinge aber nur zum kleineren Teil für Anstieg verantwortlich – sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm (WG) eingestellt

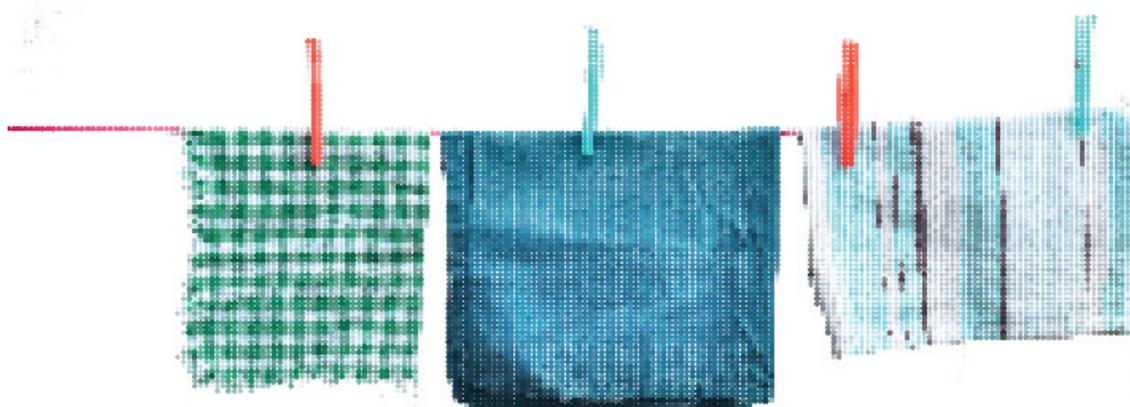
Betreuungszahlen 2015

Im Jahr 2015 übertraf die Zahl der **von dowas insgesamt betreuten KlientInnen** mit **1.183** erstmals die 1.000er Marke, wobei die BesucherInnen des niederschweligen Treffpunkts nicht eingerechnet sind. Das entspricht einem Plus von knapp 23 Prozent. **225** davon nahmen Sozialberatungen bei **integra** in Anspruch (+1,4 Prozent), **1.017** Leistungen im Rahmen der **Mindestsicherung** (+23,9 Prozent).

Während die Betreuungszahlen in der **ambulanten** und **stationären Wohnbetreuung** wegen der begrenzten Platzzahl recht konstant blieben und aus dem gleichen Grund auch die BesucherInnenzahl in der **Notschlafstelle** nur unterdurchschnittlich stieg (s. Berichtsteile Betreutes Wohnen und Grundversorgung), war es vor allem die **Beratungsstelle**, die für den erheblichen Anstieg sorgte: Mit 687 KlientInnen wurden dort 155 (+29,1 Prozent) mehr als im Vorjahr (s. Berichtsteil Ambulante Beratung).

von **dowas** betreute KlientInnen (M indestsicherung & **integra**)

	Anzahl			Veränderung 2015 zu 2014 in %	Veränderung 2015 zu 2008 in %
	2015	2014	2008		
von dowas betreute KlientInnen insgesamt	1.183	963	660	22,8%	79,2%
davon männlich	824	630	439	30,8%	87,7%
davon weiblich	359	333	221	7,8%	62,4%
über M indestsicherung betreute KlientInnen	1.017	821	435	23,9%	133,8%
davon männlich	754	570	336	23,3%	124,4%
davon weiblich	263	251	99	4,8%	165,7%
über integra betreute KlientInnen	225	222	236	1,4%	-4,7%
davon männlich	109	111	109	-1,8%	0,0%
davon weiblich	116	111	127	4,5%	-8,7%



Der Grund dafür ist eindeutig: die **stark gewachsene Zahl an Konventionsflüchtlingen** und **subsidiär Schutzberechtigten**, die in der Beratungsstelle um Unterstützung nachsuchte. Im letzten Jahr war über 80 Prozent (130) des gesamten KlientInnenzuwachs in der Beratungsstelle auf diese Gruppe zurückzuführen, gut 30 Prozent aller KlientInnen der Beratungsstelle waren 2015 Konventionsflüchtlinge oder subsidiär schutzberechtigt.

Trotzdem wäre es verfehlt, daraus zu schließen, dass der gestiegene Unterstützungsbedarf nur auf diese Gruppe zurückzuführen ist. Auch bei den österreichischen StaatsbürgerInnen gab es ein Plus, das sich im Durchschnitt der letzten vier Jahre bewegte (22). Die Flüchtlinge trafen somit auf eine Armutssituation, die sich in den letzten Jahren auch ohne sie angespannt hatte und nun lediglich eine weitere Zuspitzung erfuhr, vor der man politisch nicht mehr länger die Augen verschließen kann. So wird plötzlich möglich, was man schon viel früher hätte tun müssen: Es werden z.B. mehr gemeinnützige Wohnungen gebaut. Hätte man sich früher dazu entschlossen, wäre nicht nur den Wohnungssuchenden hierzulande geholfen gewesen. Es fiel auch leichter, der in dieser Zahl nicht erwarteten Flüchtlingszuwanderung mit weniger Aufregung zu begegnen.

Zunehmende Konkurrenz und Konflikte – enger Wohnungsmarkt und politische Debatten um Leistungskürzungen tragen dazu bei

Stattdessen aber entsteht eine ungute Stimmung, deren Entwicklung man in der Beratungsstelle von dowa sehr direkt miterleben kann: Die Konkurrenz zwischen schon länger hier lebenden KlientInnen und den anerkannten Flüchtlingen nimmt zu. Mitte des Jahres 2015 war sogar ein vorübergehendes Fernbleiben der traditionellen Klientel zu beobachten, was sich bis Ende des Jahres aber wieder einigermaßen normalisiert hatte. Allerdings kommt es immer wieder zu verbalen Auseinandersetzungen. Das, was da als zum Teil recht deutliche Fremdenfeindlichkeit daherkommt, hat allerdings durchaus reale Hintergründe: Es gibt in der Tat eine **Konkurrenz um Wohnraum, Sozialleistungen und Aufmerksamkeit**. Der im Segment leistbarer Wohnungen schon bisher angespannte Wohnungsmarkt ist mittlerweile völlig zum Stillstand gekommen und es ist keineswegs abwegig, die recht erfolgreiche Rekrutierung von Wohnraum für AsylwerberInnen dafür mitverantwortlich zu machen.

Auch die aktuellen **Debatten um Kürzungen der Mindestsicherung** tragen ihren Teil zur angespannten Stimmung bei, immerhin werden sie ganz offen mit den gestiegenen Ausgaben für Flüchtlinge begründet. Zwar sollen die debattierten Leistungseinschränkungen in erster Linie nur anerkannte Flüchtlinge betreffen, aber es ist leicht zu durchschauen, dass dies auch weiterreichende Auswirkungen auf die Leistungen generell haben wird. Am direktesten erlebbar wird die Konkurrenzsituation aber ausgerechnet in der Beratungsstelle des dowa selbst. Zwar haben wir Ende des letzten Jahres eine Personalaufstockung um eine halbe Stelle vorgenommen (mehr war wegen Platzmangels nicht möglich) und die Öffnungszeiten ausgeweitet. Damit haben wir wenigstens die durchschnittliche Betreuungskapazität pro KlientIn (6,2 Stunden) auf dem Stand der letzten beiden Jahre halten können. Die 8,4 Stunden, die wir noch im Jahr 2008 durchschnittlich pro KlientIn aufbringen konnten, waren schon früher und ohne Zutun von Flüchtlingen auf den heutigen Stand gesunken. Allerdings hat sich die Verteilung verändert: In **2015** haben wir in der **Beratungsstelle** erstmals insgesamt **mehr Stunden für Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte geleistet als für österreichische StaatsbürgerInnen**.

Und auch der durchschnittliche Aufwand für die neu zugewanderte KlientInnengruppe, denen das österreichische Sozialsystem noch völlig fremd ist und die vielfach nicht oder nur schlecht deutsch sprechen, war mit 8,3 Stunden höher als der für die österreichischen StaatsbürgerInnen (5,3 Stunden). Bei gegebenem Kapazitätsrahmen bekommt notwendigerweise eine/r weniger, wenn ein/e andere/r mehr braucht und selbstverständlich hat das auch Auswirkungen auf die Qualität.

Flüchtlinge sind nicht der Hauptgrund für die beobachtbaren Engpässe und Missstände

Insofern ist es subjektiv durchaus nachvollziehbar, dass nicht wenige österreichische KlientInnen von dowa sich durch die viel Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Flüchtlinge benachteiligt sehen. Dieser Eindruck, der auch im politischen Feld gerne kolportiert wird, ist allerdings weniger als die halbe Wahrheit - wenn man über den Tellerrand des zurückliegende Jahr hinausblickt: Der **Mangel an leistbarem Wohnraum** war bekannt, lange bevor der erste Konventionsflüchtling unsere Beratungsstelle betrat. Weil wir in jedem Jahresbericht ganz bewusst **einen Vergleich unserer aktuellen KlientInnenzahlen mit denen zu Beginn der andauernden Wirtschafts- und Sozialkrise im Jahr 2008** ziehen, war ebenfalls bekannt, dass diese Zahlen seither kontinuierlich gestiegen sind. Aber auch das hat nicht in erster Linie mit Flüchtlingen zu tun: **In den letzten fünf Jahren trugen Flüchtlinge nur mit einem Anteil von weniger als der Hälfte zu diesem Anstieg bei.** Ein wesentlicher Grund für den Zuwachs ist vielmehr der Wohnungsmangel: Wir schätzen, dass gut ein Drittel der KlientInnen in der Beratungsstelle ganz unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus im Grunde keine Beratung brauchen, sondern eine Wohnung.

Was heute gerne sehr emotional als „Flüchtlingsproblematik“ debattiert wird, ist in Wahrheit das **Ergebnis eines wissentlichen Wegschauens von der immer prekärer werdenden Situation im unteren Drittel unserer Gesellschaft.** Dass sich zu diesem unteren Drittel auf einen Schlag nun noch einige Tausend Flüchtlinge (in Vorarlberg im einstelligen Bereich) hinzugesellen, verschärft ohne Zweifel die Situation und erschwert auch das Gegensteuern, ist aber nicht das eigentliche Problem. Politisch fatal sind allerdings die Versuche, mit Verweis auf die Flüchtlinge Sozialleistungen zu kürzen und bspw. die Mindestsicherung zu deckeln. Dies befördert nicht nur das Missverständnis bei den dowa-KlientInnen, die den Flüchtlingen die Schuld an ihrer eigenen prekären Situation geben, sondern auch eine sehr ähnliche allgemeine politische Stimmung, die sich mittlerweile deutlich an den Wahlurnen bemerkbar macht.

Intensivwohnprogramm/Wohngemeinschaft mit Ende 2015 geschlossen

Mit 31.12.2015 hat der Sozialfonds des Landes die **Förderung des Intensivwohnprogrammes (stationäre Wohngemeinschaft) in Lauterach eingestellt.** Diese Form der (gemeinschaftlichen) Wohnbetreuung hatte sich bisher an Menschen mit wenig selbständiger Wohnenerfahrung gerichtet und auch im abgelaufenen Jahr mit einem **Altersdurchschnitt von 24,8 Jahren** wie-

der **vor allem junge Menschen erreicht**, die von anderen Angeboten der Wohnungslosenhilfe eher weniger angesprochen werden.

Zur Begründung für die Schließung wurde angeführt, dass das Land aus fachlichen und finanziellen Erwägungen künftig vermehrt auf ambulante Betreuung statt auf stationäre setzen und die verbleibende stationäre Unterbringung in den größeren Einrichtungen konzentrieren wolle. Zudem sei die Unterbringung in Wohngemeinschaften nicht mehr zeitgemäß. Diese Entscheidung des Sozialfonds ist zu akzeptieren, stichhaltig ist die Begründung aus unserer Sicht nicht: In der **Fachdebatte** werden gerade für die **Zielgruppe Jugendliche und Heranwachsende kleine Wohngruppen wie die von dowas empfohlen**, die Unterbringung in großen stationären Heimen hingegen ausdrücklich als nicht angemessen für die Zielgruppe abgelehnt. Auch dass eine **ambulante Betreuung kostengünstiger** sei als eine stationäre, ist eine modern gewordene Behauptung, die sich aber ohne genaueren Blick auf die jeweiligen Betreuungserfordernisse und -ziele nicht belegen lässt. Im Falle der Wohngemeinschaft von dowas wurde eine solche Berechnung erst gar nicht vorgenommen, unsere eigenen Berechnungen kommen zu einem anderen Ergebnis. Und ganz pragmatisch ergibt sich letztlich die Frage, **woher die Wohnungen für die favorisierte ambulante Betreuung angesichts der oben beschriebenen Situation auf dem Wohnungsmarkt kommen sollen** – umso mehr, als ja auch in der Sozialpsychiatrie derzeit stationäre und teilstationäre Einrichtungen aufgelöst und in ambulante Betreuungsformen überführt werden (sollen).

Wie „unzeitgemäß“ Wohngemeinschaften wirklich sind, zeigen nicht nur Gespräche mit Fachleuten aus dem Bereich des Wohnungswesens (z.B. Architekten), die von einer wieder zunehmenden Bedeutung dieser Wohnform allein schon aus wirtschaftlichen Gründen (hohe Mieten, wenig Wohnraum) ausgehen. Auch die Vereinbarung der Regierungskoalition, künftig MindestsicherungsbezieherInnen, speziell Konventionsflüchtlingen, verstärkt Zimmer in Wohngemeinschaften anzubieten, spricht dafür, dass das Argument der „Unzeitgemäßheit“ für die Schließung der Wohngemeinschaft von dowas eher weniger durchdacht war.

Michael Diettrich
Geschäftsführer



IN MEMORIAM MARTIN HASLWANTER

Am 1. März 2015 ist völlig überraschend unser Mitarbeiter und Kollege Martin Haslwanter verstorben. Martin verband eine lange Geschichte mit dem Verein dowas, er war der langjährigste Mitarbeiter im Verein, am 1. April hätte er 25 Jahre voll gehabt. Für viele war er das Gesicht des dowas Treffpunkt in der Quellenstraße 18.

Schon seinerzeit bei seiner Bewerbung um eine Stelle in unserer Wohngemeinschaft hatte Martin deutlich gemacht, dass er sich - trotz seiner kaufmännischen Ausbildung - im sozialen Bereich, in der Arbeit mit Menschen sieht. Er konnte auch damals bereits auf mehrere Jahre zurückblicken, in denen er sich für Menschen und deren Bedürfnisse eingesetzt hat. So hat er sich beim Roten Kreuz oder bei den Pfadfindern ehrenamtlich, später in seinem Zivildienst als Sanitäter in Hall oder bei der Lebenshilfe in

Batschuns stets besonders für Menschen in nicht immer leichten Situationen engagiert.

Martin war über 19 Jahre lang in der Grundversorgung und im Treffpunkt tätig und für viele der BesucherInnen des Treffpunktes der erste Ansprechpartner und ein Freund – was nicht immer friktionslos mit dem professionellen Selbstverständnis von dowas vereinbar war. Obwohl er deshalb manchen Anpiff von Vorgesetzten einfiel, war seine Nähe zu KlientInnen ein wertvolles Element im Treffpunkt: Martin wusste alles und kriegte alles raus, ohne jemals jemanden bloß zu stellen.

Er war stets bemüht, den KlientInnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und fand so auch den Zugang zu KlientInnen, zu denen andere MitarbeiterInnen keinen Zugang fanden. Mit seinem unglaublichen Erinnerungsvermögen hat er nicht nur KlientInnen, sondern auch KollegInnen und Vorgesetzten so manches Mal aus der Patsche geholfen.

Einen großen Schritt in seiner beruflichen Weiterentwicklung tat er, als er im Jahr 2013 eine Ausbildung zum systemischen Berater positiv abschloss.

Er hat voller Tatenrang und Freude dieses neu erworbene Wissen auch in Betreuungen und Beratungsgesprächen für sein jeweiliges Gegenüber eingesetzt und nun auch eine professionelle, gleichzeitig immer menschliche Balance

zwischen Nähe und Distanz zu den KlientInnen gefunden, die man in der Form selten erlebt.

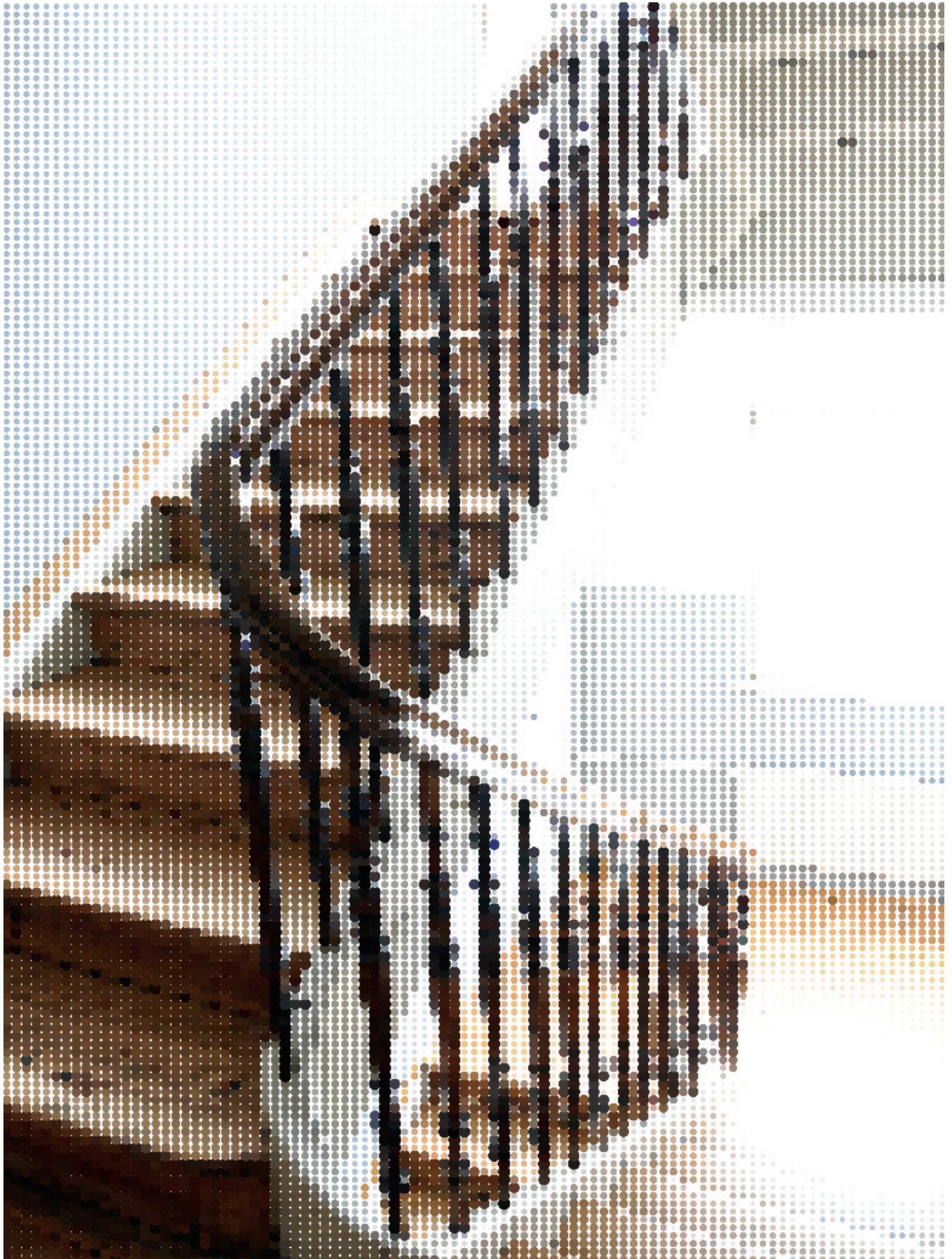
Nicht vergessen werden darf auch sein Engagement für das Wohlergehen der MitarbeiterInnen als zuverlässiges und langjähriges Mitglied des dowas-Betriebsrates, dessen Vorsitzender er bis zu seinem Tod war.

Mit Martin haben wir einen verlässlichen Freund und Kollegen verloren, dessen wertschätzende und wohlwollende Art uns fehlt und eine große Lücke bei KlientInnen und KollegInnen hinterlassen hat. Wir vermissen Martins Erzählungen, sein Vermitteln und Ausgleichen, sein achtsames Begleiten und Steuern und sagen für alles: Danke Martin!



Martin Haslwanter†





BETREUTES WOHNEN

Sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm (Wohngemeinschaft)

Förderung durch den Sozialfonds mit Ende 2015 eingestellt

Die Zahlen für das **(stationäre) Intensivwohnprogramm** in Lauterach waren **2015 wenig spektakulär**: Mit einem Durchschnittsalter der BewohnerInnen von 24,8 Jahren wurde die Zielgruppe junger Heranwachsender mit wenig eigener Wohnerschaft erreicht. Es wurden etwas weniger KlientInnen in etwas weniger Aufenthaltstagen als im Vorjahr betreut, dafür gab es eine vergleichsweise hohe durchschnittliche Aufenthaltsdauer. Alle Veränderungen bewegen sich im Rahmen der Schwankungen der letzten Jahre, was allerdings für ein Angebot mit konstanter Platzzahl nicht überraschend ist.

Statistik Intensivwohnprogramm (stationäre Wohngemeinschaft)

stationäre Aufenthalte	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Aufenthalte insgesamt	12	15	1.778	2.057	148,2	137,1
davon männliche Klienten	9	14	1.234	1.809	137,1	129,2
davon weibliche Klientinnen	3	1	544	248	181	0,0
davon KlientInnen mit Bewährungshilfe	6	11	621	1.087	103,5	98,8
Durchschnittsalter in Jahren	24,8	26,6				

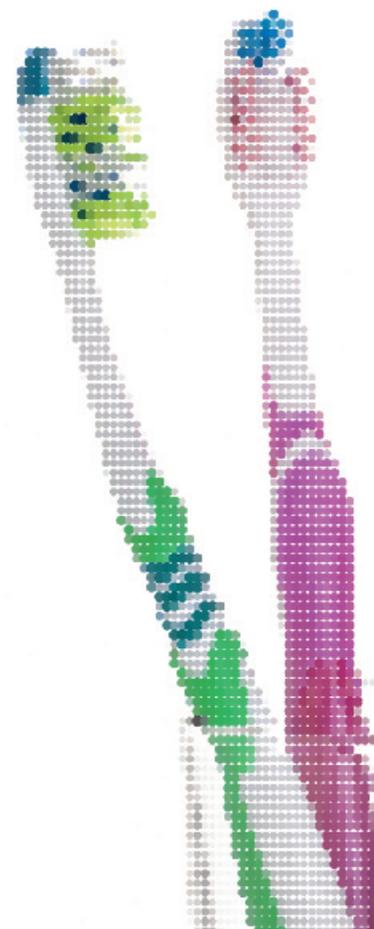
von den 2015 abgeschlossenen KlientInnen gingen in	
eigene Wohnung	2
Wohnung PartnerIn/Bekannte	3
Bundesheer	1
andere stationäre Wohnbetreuung	1
inoffizielles Mitwohnen	1
Abschlüsse insgesamt	8
davon vorzeitige Abbrüche	3

Ebenfalls nicht überraschend und im letzten Jahresbericht ja bereits angekündigt, aber dennoch bedauerlich: Das **Intensivwohnprogramm** wurde mit Ende 2015 **geschlossen**, weil der Sozialfonds die Förderung einstellt. Die Begründungen dafür: Kostenersparnis, das Land setze auf mehr ambulante Betreuung, wolle stationäre Plätze abbauen und die verbleibenden in den großen Heimen konzentrieren. Zudem wurde im Amt der Landesregierung kritisiert, der „Output“ des Programmes stimme nicht, weil zu wenige KlientInnen in eine eigene Wohnung vermittelt würden.

Vernachlässigen wir das Kostenargument – dass ambulante Betreuung kostengünstiger ist als stationäre, stimmt unter gewissen Bedingungen, unter anderen nicht. Ob es für das Intensivwohnprogramm von dowa zutrifft, hat niemand errechnet – außer uns, und wir kommen zu anderen Ergebnissen. Aber die anderen Argumente sind eines ausführlicheren Kommentares wert:

Die Erfahrungen mit heranwachsenden wohnungslosen Menschen in unserem Intensivwohnprogramm haben gezeigt, dass es in den wenigsten Fällen nur darum ging, sie in eine eigene Wohnung zu vermitteln. Die Zielsetzungen ähnelte eher denen in den niederschweligen Arbeitsprojekten für Jugendliche: Es ging mehr darum, die sich **in teilweise chaotischen Lebenssituation befindlichen Heranwachsenden wieder „in eine Spur“ zu bringen** und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass

8



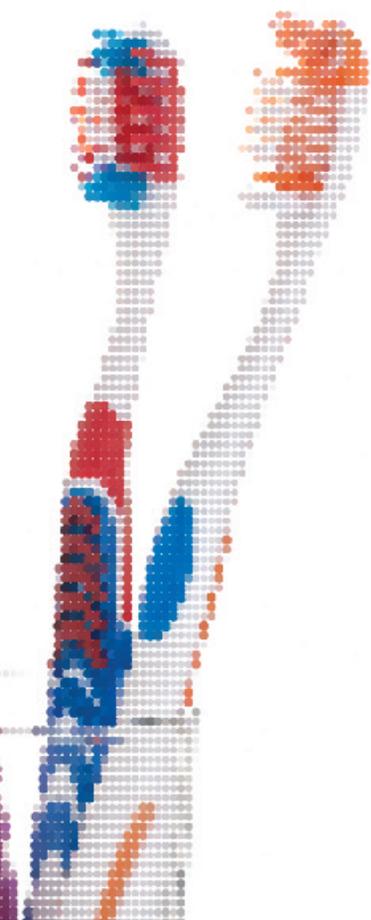
ihre **weitere Entwicklung** wieder eine **Perspektive** erhält. Vor diesem Hintergrund ist die abschließliche Zielsetzung auf die Vermittlung in eine eigene Wohnung zu kurz gegriffen. Es ging z.B. um **persönliche Entwicklung**, um die **Motivation**, das Leben (z.T. erstmalig) in eigene Hände zu nehmen - und nicht umsonst haben wir das Programm auch „sozialpädagogisch“ genannt. Dabei spielten dann auch Aspekte eine Rolle, die in einer eher technokratischen Sicht von Wohnungslosenhilfe gar nicht vorkommen. Nicht wenige der KlientInnen im Intensivwohnprogramm haben in der Wohngemeinschaft z.B. erstmals so etwas wie „Heimat“ und Zugehörigkeit erlebt. Dies ist insofern nicht unbedeutend, als Motivation eben häufig erst aus Kontrasterfahrungen entsteht – also aus dem Erleben, dass etwas auch ganz anders sein könnte als das bisher Erlebte. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Arbeit war es, überhaupt erstmal **genauer zu klären, was der/die einzelne KlientIn tatsächlich an Betreuung braucht**. Dies ist in einem ambulanten Setting nur sehr eingeschränkt möglich. Bei nicht wenigen KlientInnen ging es z.B. während ihres Aufenthaltes hauptsächlich darum, sie zu psychiatrischen oder suchtspezifischen Behandlungen zu motivieren, z.B. in Form einer stationären Suchttherapie.

An solchen Themen zu arbeiten, war im Setting des Intensivwohnprogramms möglich, in einem großen stationären Wohnheim ist es das nicht. Auch deshalb wird in nahezu allen Konzepten und Studien zur Arbeit mit wohnungslosen Jugendlichen und Heranwachsenden vor einer Betreuung dieser Zielgruppe in großen Wohnheimen explizit gewarnt und werden u.a. kleine Wohngemeinschaften mit spezifischer Betreuung empfohlen.

Neben den erwähnten inhaltlichen Aspekten, die aus unserer Sicht bei der anvisierten Zielgruppe für eine Betreuung in Wohngemeinschaftsform sprechen, gibt es aber auch noch ganz pragmatische Argumente dafür: Es ist angesichts der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt überhaupt nicht möglich, die für eine ambulante Betreuung erforderlichen Kleinwohnungen zu beschaffen – umso mehr, als gleichzeitig ja auch die Sozialpsychiatrie mit ähnlichen Argumenten wie die Wohnungslosenhilfe auf ambulante Betreuung in eigenen Wohnungen umgeschwenkt ist. Es fragt sich, woher die Wohnungen für die hehren Anliegen kommen sollen. Im nicht-betreuten Bereich hat die Landesregierung für dieses Problem eine interessante Lösung gefunden: Wohnungslosen MindestsicherungsbezieherInnen sollen künftig vermehrt Plätze in Wohngemeinschaften angeboten werden...

Um die Wirksamkeit unseres Intensivprogrammes zu prüfen, hatten wir schon im Jahr 2014 die FH Vorarlberg auf eigene Kosten mit einer Evaluation beauftragt und dem Land angeboten, die Fortführung des Programmes von dieser Wirkungsanalyse abhängig zu machen. Das war jedoch nicht gewünscht und nachdem die Entscheidung für die Schließung des Programmes gefallen war, haben wir den Evaluationsauftrag auch zurückgezogen. Wir können deshalb hinsichtlich der **Wirkungen** nur auf die **Auswertungen** in unserem Dokumentationssystem zurückgreifen. Die erlauben zwar nur vereinfachende Aussagen erlauben, sind aber dennoch im Hinblick auf obige Ausführungen zum Thema „Output“ interessant.

In den vergangenen zehn Jahren (**2006 bis 2015**) wurden im Intensivprogramm insgesamt **105 Betreuungen** durchgeführt (inkl. Mehrfachaufnahmen). Genau **ein Drittel** der Abschlüsse erfolgte in eine **geregelte Wohnsituation** (eigene Wohnung, Wohnung von PartnerInnen/Bekanntem, Wohnung der Eltern oder Zimmer bei einem Arbeitgeber).



Ein weiteres **knappes Drittel** wurde in eine **passende Anschlussbetreuung** vermittelt, davon mehr als die Hälfte in eine **ambulante Wohnbetreuung**, ein Drittel in eine **stationäre Therapie** und einige wenige in eine **andere stationäre Wohnbetreuung**. In eine **prekäre Wohnsituation** entlassen wurde etwas mehr als **ein Viertel**, überwiegend war dies ein unangemeldetes Mitwohnen bei Bekannten. Acht Prozent gingen in **Haft** – oder zum **Bundesheer**. In **akute Wohnungslosigkeit** ist in den 10 Jahren nur **ein einziger Klient** zurückgekehrt.

In Anbetracht der schwierigen Zielgruppe ist das auf den ersten Blick ein gutes Ergebnis. Allerdings sind solche Abschlussdaten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit nur beschränkt aussagekräftig und es wäre interessant gewesen, die Betreuungswirkungen detaillierter zu erheben. Umso erstaunlicher, dass im Amt der Landesregierung daran kein Interesse bestand und die Entscheidung über einen Entzug der Förderung ganz offensichtlich nach Gutdünken getroffen wurde.

Ambulant betreutes Wohnen (ABW und SNW)

Kaum Veränderungen gegenüber dem Vorjahr – dowas von der Wohnungsvergabe durch das Soziale Netzwerk Wohnen ausgeschlossen

Wenig Spektakuläres gibt es auch über die ambulanten Wohnbetreuungen einschl. **ABW**, **Soziales Netzwerk Wohnen** (SNW) und **Notwohnung** im Jahr 2015 zu berichten: Es wurden 2 KlientInnen mehr als im Vorjahr betreut (32 gegenüber 30 in 2014), was aus einer höheren Fluktuation in der auf eine kurze Betreuungsperspektive von drei bis sechs Monaten ausgerichteten Notwohnung resultiert. Im Bereich des ABW und Sozialen Netzwerks Wohnen (mit einer längerfristigen Betreuungsperspektive) blieben die KlientInnenzahlen gegenüber dem Vorjahr konstant bei leicht erhöhter Zahl der Betreuungstage. Die Schwierigkeiten, die KlientInnen nach Betreuung auf dem Wohnungsmarkt unterzubringen, haben sich eher noch vergrößert, was u.a. in dem Plus der Betreuungstage seinen Niederschlag findet.

Gerade wegen des ohnehin schwierigen Wohnungsmarktes hatte aber eine andere Entwicklung Einfluss auf die Arbeit des dowas im Bereich der ambulanten Wohnbetreuungen: Im vergangenen Jahr wurde **dowas** von der Wohnungsvergabe im Landesprogramm **Soziales Netzwerk Wohnen ausgeschlossen**. Es ist bis heute undurchsichtig, wer letztlich diesen Entscheid gefällt hat und bezeichnend, dass in der Wohnungslosenhilfe kolportiert wird, das dowas sei freiwillig ausgeschieden. Dies ist eindeutig falsch. Da es bis zum Vollzug des Ausschlusses auch keinen entsprechenden Beschluss des Arbeitskreises SNW gab, muss er wohl von der Koordinationsstelle des Projektes entschieden worden sein, die gemeinsam von der Abteilung Wohnbauförderung und dem Institut für Sozialdienste wahrgenommen wird. Letztlich wurden die bisher im Bezirk Bregenz vom dowas durchgeführten Betreuungen in SNW-Wohnungen an die Beratungsstelle des IfS übertragen, die bis dato eher wenig aufsuchend tätig war und ent-

10

Statistik Am bulante Wohnbetreuung (Notwohnung, ABW /SNW)

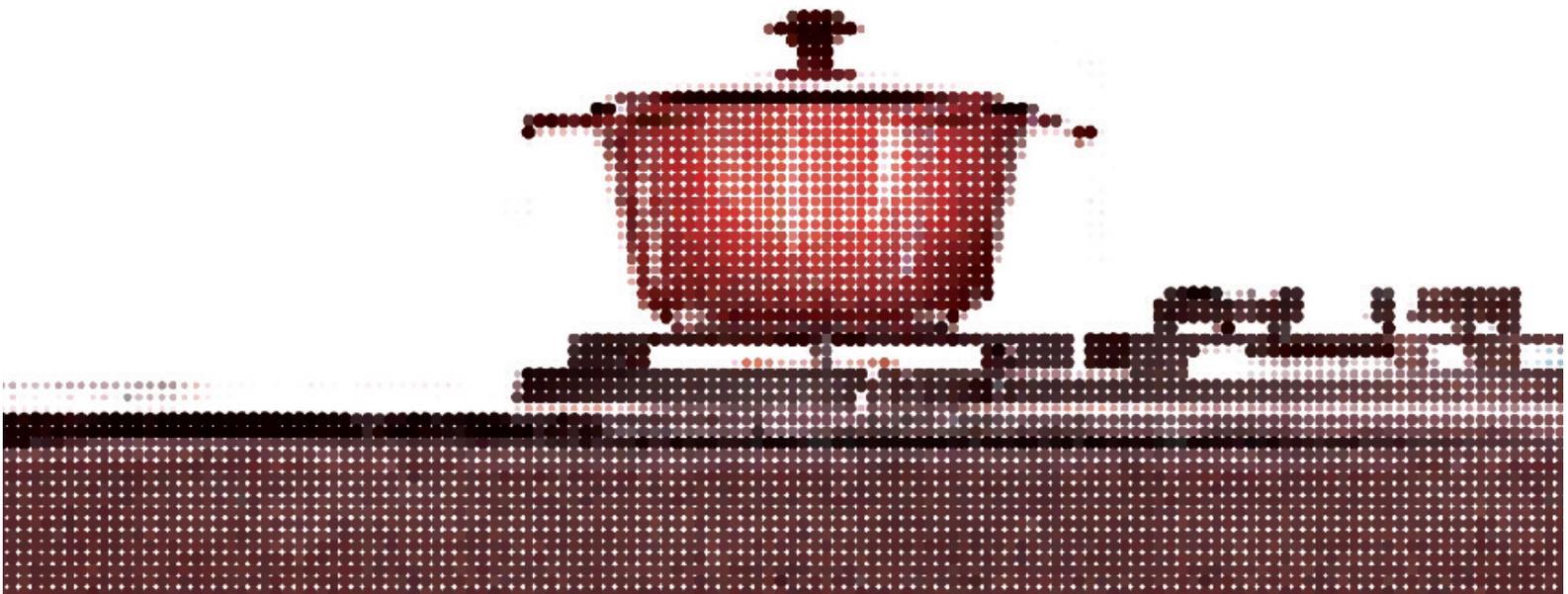
	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittlicher Aufenthalt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Wohnbetreuungen insgesamt	32	30	7.327	6.847	229,0	228,2
davon für männliche Klienten	28	24	6.032	6.134	215,4	255,6
davon für weibliche Klientinnen	4	6	1.295	713	323,8	118,8
Betreuungen nach Betreuungsförm :						
ABW/SNW (bis 3 Jahre Betreuungsperspektive)	26	26	6.827	6.267	262,6	241,0
Krisen- u. Notwohnung (3 Monate Betreuungsperspektive)	7	5	500	580	71,4	116,0
Betreuungen nach Aufwand:						
normale Intensität (durchschnittlich 4 Std./Woche)	24	24	6.289	5.191	262,0	216,3
erhöhte Intensität (durchschnittlich 8 Std./Woche)	9	10	1.038	1.656	115,3	165,5
Durchschnittsalter in Jahren	42,8	38,1				

sprechend wenig Erfahrung mit ambulanter Wohnbetreuung hatte. Das ist auch insofern interessant, als man (wie oben beschrieben) im Bereich stationärer Betreuungen das Angebot konzentrieren will, während man es im ambulanten Bereich auf mehr Anbieter ausweitet.

Die offizielle Begründung für den Ausschluss ist bedeutsam, für eine/n Nicht-SozialarbeiterIn aber nicht so einfach zu verstehen: Die von dowas in SNW-Wohnungen mit eigenem Mietvertrag vermittelten KlientInnen seien bereits „vorbetreut“, weil sie vorher in von dowas angemieteten und per Benützungsbewilligung vergebenen Wohnungen betreut wurden. Dies verstoße gegen das SNW-Konzept, demzufolge KlientInnen sofort einen eigenen Mietvertrag erhalten und sich freiwillig betreuen lassen. Man kann sich trefflich aus fachlicher Sicht darüber streiten, was nun der gerade aktuelle Königsweg in der Wohnbetreuung ist, die Wohnungshilfe tut dies auch ausgiebig und Nicht-Fachleute stehen irritiert vor einer wenig nachvollziehbaren Debatte. Interessanter sind aber andere Aspekte dieses Ausschlusses:

Das SNW-Projekt geht definitiv auf eine politische Initiative des dowas zurück und in unseren seinerzeitigen politischen Gesprächen ging es explizit darum, Wohnungen für die im dowas-Modell ABW betreuten KlientInnen zu beschaffen. Aus dieser Initiative heraus erging ein Auftrag an das IfS, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, und im weiteren Verlauf hat sich das dowas auch sehr prononciert öffentlich dafür stark gemacht, dass das vom IfS entwickelte Konzept nicht in den Schubladen verschwindet. Im bis heute gültigen Wortlaut des Konzeptes gibt es demzufolge auch keinen einzigen Anhaltspunkt dafür, dass KlientInnen aus dem Betreuungsmodell des dowas nicht in SNW-Wohnungen vermittelt werden dürften, und lange Jahre war das auch kein Problem. Dann hat sich die Deutung des Konzept-Wortlauts geändert – und plötzlich war es ein Problem.

Der Ausschluss des dowas aus den genannten Gründen ist insofern ein bemerkenswerter Fall, als Vertreter von Sozialeinrichtungen einer im gleichen Feld tätigen anderen Einrichtung vorschreiben, wie sie ihre Arbeit zu machen hat, sprich: eine Vorschrift, wie die fachliche Verantwortung wahrzunehmen ist. Bemerkenswert ist das vor allem, weil ja z.B. der Arbeitgeberverein gegenüber dem Amt der Landesregierung vehement dafür eintritt, dass das Wie der Arbeit im Rahmen eines Auftrages und die fachliche Verantwortung dafür den ausführenden Sozialeinrichtungen obliegen muss. Wenn dann obendrein noch ein Konzept als fachlich nicht adäquat bezeichnet wird, das (wie das dowas-Wohnbetreuungskonzept) durch die Fachhochschule Vorarlberg wissenschaftlich evaluiert und mit „sehr gut“ bzw. als erfolgreich bewertet wurde, nährt das den Verdacht, dass es bei der getroffenen Entscheidung gar nicht um Fachlichkeit ging. Ganz eindeutig verstößt eine solche Entscheidung aber gegen die gerne postulierte Vielfalt der Methoden und Arbeitsansätze im Sozialbereich, von der ja behauptet wird, dass sie befruchtend wirken soll.



AMBULANTE BERATUNG (MINDESTSICHERUNG)

Ein Viertel mehr KlientInnen als im Vorjahr – Beratungsstelle besonders betroffen – Zuwächse gehen vor allem, aber nicht nur auf Flüchtlinge zurück

Bei den **ambulanten Beratungen im Auftrag der Mindestsicherung (BMS)** waren 2015 die höchsten Zuwachsraten zu verzeichnen: 1.011 KlientInnen, knapp **ein Viertel mehr als im Vorjahr** (814)¹. Der größte Teil des Zuwachses entfiel auf die **Beratungsstelle**, wo mit 687 KlientInnen **fast 30 Prozent mehr** beraten wurden als 2014. Geringer war die Steigerungsrate in der **Grundversorgung** (Notschlafstelle und Treffpunkt) mit **6,4 Prozent** auf 463 KlientInnen, allerdings setzt sich auch hier der kontinuierliche Aufwärtstrend der letzten Jahre fort, wenn auch verhaltender als in der Beratungsstelle. Da dieser Zuwachs hauptsächlich aus der Entwicklung in der Notschlafstelle resultiert, wird hier nur auf den Berichtsteil Grundversorgung/Notschlafstelle verwiesen. Die Entwicklung in den **Betreuten Wohnformen** ist auf Grund der geringen Fallzahlen **wenig aussagekräftig** und folgte den üblichen jährlichen Schwankungen.

Statistik Am bulante Beratung (M indestsicherung)

	KlientInnen			Beratungsstd.			Std./KlientIn		
	2015	2014	2013	2015	2014	2013	2015	2014	2013
Beratungen dowas insgesamt t*	1.011	814	794	6.509,5	5.491,0	5.123,5	6,4	6,7	6,5
davon für männliche Klienten	748	563	541	4.497,5	3.579,5	3.643,5	6,0	6,4	6,7
davon für weibliche Klientinnen	263	251	253	2.012,0	1.911,5	1.480,0	7,7	7,6	5,8
Beratungen nach Arbeitsbereichen									
Beratungsstelle	687	532	480	4.260,5	3.242,0	2.916,0	6,2	6,1	6,1
Grundversorgung/Notschlafstelle (NOST)	463	435	447	1.900,0	1.822,0	1.798,0	4,1	4,2	4,0
Betreute Wohnformen	56	51	55	349,0	427,0	409,0	6,2	8,4	7,4

* ohne Beratungen für *integra*

Andrang führte in der Beratungsstelle zu Engpässen und Qualitätsverschlechterung ...

Dass die starken **Zuwächse** des letzten Jahres in der **Beratungsstelle** zu **80 Prozent** mit **Konventionsflüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten** zu erklären sind, wurde im Bericht der Geschäftsführung bereits beschrieben. Wir haben es zwar geschafft, mit einer leichten **Personalaufstockung** und einer **Ausweitung der Öffnungszeiten** die Zeit, die wir für die einzelnen KlientInnen durchschnittlich aufwenden konnten, in etwa auf dem Niveau der Vorjahre zu halten (6,2 Stunden pro KlientIn). Bei genauerem Hinschauen entpuppt sich dies dennoch als (weitere) **Qualitätsverschlechterung**. Die Arbeit mit den Flüchtlingen ist sehr aufwändig: Beratungen finden auf Englisch oder im Beisein von DolmetscherInnen statt; gleichzeitig gibt es einen großen Erklärungsbedarf hinsichtlich des österreichischen Sozialsystems und seinen Leistungen; wegen der Sprachprobleme müssen oft Telefonate von den BeraterInnen in Vertretung der KlientInnen durchgeführt werden; aus dem gleichen Grund braucht es Begleitung bei Wohnungsbesichtigungen etc. Insofern schlug für die **Gruppe der Flüchtlinge** mit **8,3 Stunden**

¹ Wir weisen darauf hin, dass es sich bei diesen und auch den im Folgenden genannten Zahlen um diejenigen KlientInnen handelt, die persönlich unsere Einrichtungen aufsuchten. Darin nicht enthalten sind mögliche weitere Mitbetroffene, die in den Haushalten dieser Ratsuchenden leben (Kinder, PartnerInnen).

pro KlientIn ein **überdurchschnittlich hoher Beratungsaufwand** zu Buche und damit konnte wirklich nur das Nötigste erledigt werden. Dies ging eindeutig zu Lasten der **österreichischen KlientInnen**, für deren „Nötigstes“ durchschnittlich nur noch **5,3 Stunden** blieben.

Flüchtlinge: Bedrohung oder Bereicherung – eine Frage der Perspektive!

In Verbindung mit den deutlich längeren Wartezeiten entstand so ein **Gefühl der Benachteiligung bei unserer traditionellen Klientel**, das in **zahlreichen Konflikten** seinen Ausdruck fand. Es gab Phasen, in denen kaum noch traditionelle KlientInnen in die Beratungsstelle kamen, weil sie von Flüchtlingen überlaufen war. Mit der Erweiterung bei Personal und Öffnungszeit hat sich diese spannungsreiche Situation gegen **Ende des Jahres dann etwas entspannt**.

Ganz anders die **Perspektive der MitarbeiterInnen**: Abgesehen von der hohen Arbeitsbelastung beschreiben sie den überwiegenden Teil der **Flüchtlinge als freundliche, respektvolle und kooperative Menschen** – und als **Bereicherung**. Vor allem die SyrerInnen dürften überwiegend aus der (teils oberen) Mittelschicht stammen und vor Beginn des Bürgerkrieges in gesicherten Verhältnissen gelebt haben. Anders wären die z.T. horrenden Kosten für die Flucht wohl auch gar nicht aufzubringen gewesen. Hier könnte auch eine Antwort auf die kontrovers debattierte Frage zu finden sein, ob das nun überwiegend **gut qualifizierte oder doch eher gering qualifizierte Menschen** sind: Es scheint so, als wenn viele syrische Flüchtlinge in ihrem Heimatland gehobeneren Tätigkeiten nachgegangen wären oder das waren, was man hierzulande als Facharbeiter (oder gar Selbständigen) bezeichnen würde. Allerdings braucht man wohl in Syrien für viele dieser Tätigkeiten keinen oder einen nur begrenzt vergleichbaren Fachabschluss, wie er für die gleiche Tätigkeit hierzulande verlangt wird. Insofern sind viele syrische „Facharbeiter“ nach unseren Kriterien gering qualifiziert und haben ganz abgesehen von der Sprachkompetenz keine Chance, hier in ihrem bisher ausgeübten Beruf zu arbeiten. Sie landen letztlich bestenfalls in Hilfsarbeiterjobs. Selbst im Falle eines syrischen Betriebswirts mit Diplom, leitender Berufserfahrung und guten Deutschkenntnissen war es trotz intensiven Bemühens unsererseits nicht möglich, eine der Ausbildung angemessene Beschäftigung zu finden. Der Betriebswirt arbeitet jetzt (wenigstens) in der Produktion eines Vorarlberger Unternehmens als Hilfsarbeiter.

Noch krasser stellt sich die Situation für manche afghanischen Flüchtlingen dar. Uns ist der Fall eines afghanischen Asylwerbers bekannt, den seine Flucht \$ 25.000 gekostet hat. Dieses Geld hat er sich über mehrere Jahre in einem für afghanische Verhältnisse gut bezahlten Job zusammengespart, obwohl er keine formale Ausbildung hat und sogar Analphabet ist. Die Tatsache, dass er nun schon mehr als drei Jahre auf seinen Anerkennungsbescheid wartet, von monatlich € 200 leben muss und so gut wie keine Aussicht auf eine Arbeit hat, ist für diesen Menschen nur schwer erträglich.

Nach unserer Erfahrung ist es mitnichten so, dass die zu uns kommenden Flüchtlinge sich Österreich wegen der verlockenden österreichischen Sozialleistungen als Zielland ausgesucht haben. Bei den meisten hat man den Eindruck, dass sie von der Vorstellung ausgingen, sie könnten sich in einem wirtschaftlich starken Land relativ leicht eine berufliche Existenz aufbauen, mit der sie in etwa ihre bisherige soziale Position in ihrem Herkunftsland wiedererlangen können. Für diese Menschen ist die **Realität**, die sie vorfinden, ein **massiver sozialer Abstieg**, der zu Frustration führt und auch Reaktionen hervorbringt, die man mit einem unbedarften, ersten Blick leicht als „überzogene Anspruchshaltung“ bezeichnen könnte: Wir hatten Fälle, in denen in völligem Unverständnis der prekären Situation auf dem Vorarlberger Wohnungsmarkt angebotene Wohnungen abgelehnt wurden, weil sie nicht den Vorstellungen entsprachen. Wir arbeiten in solchen Fällen genauso, wie mit unserer traditionellen Klientel auch: mit der Konfrontation mit einer bitteren, aber auch durch uns derzeit nicht änderbaren Realität. Allerdings haben wir ein Verständnis für die Reaktionen dieser Menschen aus ihrer Situation heraus, das in der öffentlichen Debatte über Flüchtlinge meist fehlt.

GRUNDVERSORGUNG

Notschlafstelle

Kapazitätsgrenzen erreicht – internationale Armutswanderungen machen sich bemerkbar

Die Zahlen für die Notschlafstelle im Jahr 2015 zeigen, dass die **Kapazität** der Einrichtung **voll ausgelastet** war: Mit **236 KlientInnen** übernachteten knapp **11 Prozent mehr** als 2014 (213 KlientInnen), die **Übernachtungen** stiegen allerdings nicht im gleichen Umfang und nahmen nur um **3 Prozent** zu (von 2.926 in 2014 auf 3.014 in 2015). Damit ging die durchschnittliche Aufenthaltsdauer um eine Nacht zurück (von 13,7 auf 12,8), was vor allem daraus resultiert, dass es **mehr Kurznächtigungen** (bis 4 Nächte) gab. Bei regulär 9 Plätzen hatte die Notschlafstelle mit 8,2 KlientInnen pro Nacht (2014: 8,0) eine **durchschnittliche Auslastung von 90 Prozent**, mehr ist aus organisatorischen Gründen kaum möglich.

Ansonsten ist die Notschlafstelle weiterhin die Einrichtung im dowas, in der sich die **Armutswanderungen am deutlichsten niederschlagen**: 2015 haben Menschen mit 35 unterschiedlichen Nationalitäten in der Notschlafstelle übernachtet. Dies hat viel Bewegung und Fluktuation zur Folge. Vor allem in Verbindung mit dem Erreichen der Kapazitätsgrenze spielt bei manchen beobachtbaren Veränderungen der Zufall eine große Rolle, so dass sich kaum aussagefähige Trends ausmachen lassen. War bspw. der Anteil der **österreichischen StaatsbürgerInnen** im Jahr 2014 nach zuvor kontinuierlichem Rückgang ziemlich sprunghaft (wieder) auf rund 45 Prozent angestiegen, fiel er in 2015 genauso sprunghaft auf rund **ein Drittel** (77 KlientInnen), also nahezu wieder auf den Stand von 2013. Gleichwohl nehmen die österreichischen StaatsbürgerInnen weiterhin **mehr als die Hälfte der Nächtigungen** in Anspruch (1.609 Nächtigungen bzw. 53,4 Prozent). Gegenüber dem Jahr 2014 nahezu **verdoppelt** hat sich die Zahl der **rumänischen StaatsbürgerInnen** (von 21 auf 40), was im Wesentlichen auf die auch von offizieller Seite aus humanitären Gründen gewünschte vermehrte Notunterbringung rumänischer Notreisender in der kalten Jahreszeit zurückzuführen ist. Da diese Notunterbringungen aber nahezu ausschließlich **Kurznächtigungen** waren (im Schnitt 4,8 Nächte), blieben die von RumänInnen in Anspruch genommenen Leistungen mit 6,4 Prozent aller Nächtigungen gering.

Auffällig ist auch **Verdoppelung** der Zahl der **anerkannten Flüchtlinge bzw. subsidiär Schutzberechtigten** von 10 im Jahr 2014 auf 20 in 2015. Das waren zu einem großen Teil Menschen aus Somalia, zu einem geringeren aus Afghanistan. Dass diese Menschen in einer Notschlafstelle landen, ist **Ausdruck der ungelösten allgemeinen Wohnungsnot**, die es dann vor allem Flüchtlingen nach dem Ausscheiden aus der Caritas-Grundversorgung schwer macht, eine Wohnung zu finden. Wie groß die Hindernisse sind, zeigen auch eine ganze Reihe von Flüchtlingen in der Beratungsstelle, die zwar einer **Erwerbstätigkeit nachgehen**, aber dennoch **keine Wohnung finden**.

Wie im Berichtsteil Ambulante Beratung (Mindestsicherung) dokumentiert, stieg auch der **Beratungsaufwand** in der Notschlafstelle in etwa im gleichen Umfang wie die Nächtigungen (4,3 Prozent). Angesichts der Tatsache, dass bei größerer Fluktuation und z.T. auch Sprachbarrieren eigentlich mehr Zeit für Beratungen aufgewendet werden müsste, ist diese Steigerung gering. Auch hier machen sich die beschränkten Kapazitäten bemerkbar.

Statistik Notschlafstelle

	KlientInnen		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Nächten	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Übernachtungen insgesamt	236	213	3.014	2.926	12,8	13,7
davon männliche Klienten	199	188	2.604	2.662	13,1	14,2
davon weibliche Klientinnen	37	25	410	246	11,1	10,6
Durchschnittliche Belegung/Nacht	8,3	8,0				
Durchschnittsalter in Jahren	38,9	37,2				

Nächtigungsdauer	KlientInnen		%	
	2015	2014	2015	2014
bis 4 Nächte (Kurzaufenthalte)	136	112	57,6%	52,6%
5 bis 28 Nächte	77	72	32,6%	33,8%
29 bis 50 Nächte	8	12	3,4%	5,6%
mehr als 50 Nächte	15	17	6,4%	8,0%

14



Treffpunkt

Rückgang der BesucherInnenzahlen bei gleichzeitig gestiegener Essensausgabe – Veränderungen im Meldewesen

Im Treffpunkt gab es 2015 mit durchschnittlich 35,0 Besuchen pro Tag die **niedrigste Besuchszahl seit langem**, gleichzeitig ist die Zahl der ausgegebenen **Mittagessen** um gut **ein Viertel** auf durchschnittlich 13,2 pro Tag **gestiegen**. Grundsätzlich bewegen sich diese Zahlen im Rahmen der für eine sehr niederschwellige Einrichtung üblichen Schwankungsbreite. Zwei Faktoren könnten aber im letzten Jahr eine besondere Rolle gespielt haben:

Zum einen ging die Zahl der **Meldeadressen** im Treffpunkt stark zurück, weil das **Meldeamt** der Stadt Bregenz die **Anmeldung rigider handhabt**. Seitdem können im **Treffpunkt** selbst **nur noch Postadressen** eingerichtet werden. Vorrübergehend hatte sich damit die Zahl der KlientInnen in unserem Meldewesen insgesamt reduziert und das hatte vor allem im ersten Halbjahr auch Auswirkungen auf die Gesamtbesuchszahlen im Treffpunkt. Im zweiten Halbjahr stiegen sowohl die Postadressen, als auch die Treffpunktbesuche wieder auf das gewohnte Niveau.

Zum Zweiten gab es im Jahresverlauf **Phasen** mit einem **großen Andrang** von überwiegend **rumänischen Notreisenden**, denen der Treffpunkt im Sinne seines Auftrags einer Basisversorgung grundsätzlich die Waschmöglichkeiten und auch das Essensangebot zur Verfügung stellte. Es gab in Folge dessen zunächst **häufige Konflikte** zwischen der neuen BesucherInnengruppe und der traditionellen Klientel. Manche/r StammesbesucherIn blieb in Phasen hohen Andrangs durch rumänische Notreisende dem Treffpunkt fern und es dauerte dann einige Zeit, bis er/sie wieder zurückkehrte. Allerdings spielte sich die Sache gegen Ende des Jahres leidlich ein. Aus der Perspektive unserer Grundversorgung lässt sich deshalb ganz pragmatisch konstatieren, dass es unsere Arbeit erleichtert, wenn immer wieder dieselben Notreisenden nach Bregenz kommen: Sie gewöhnen sich definitiv an unsere Spielregeln und das reduziert Konflikte und Aufwand.

Seit die **neue Straßenzeitung „Marie“** auf dem Markt ist fungiert der **Treffpunkt** auch als **Ausgabestelle**, bei der die Straßenverkäufer ihre Exemplare für den Verkauf abholen können. Die Organisation des Verkaufs klappt in Kooperation mit der Redaktion sehr gut und erfordert auch wenig Aufwand, da die bisherigen Auflagen der Zeitung immer binnen kürzester Zeit komplett ausverkauft waren.



Statistik Treffpunkt	Anzahl		durchschnittliche Besuche pro Tag	
	2015	2014	2015	2014
Besuche an Werktagen insgesamt	8.725	9.412	35,0	38,1
davon Besuche männlicher Klienten	7.253	8.259	29,1	33,4
davon Besuche weiblicher Klientinnen	1.472	1.153	5,9	4,7
Essensausgabe	3.279	2.559	13,2	10,4

BETRIEBLICHE SOZIALARBEIT FÜR INTEGRA

Keine gravierenden Veränderungen gegenüber dem Vorjahr – Jugendbeschäftigungsprojekt Werkstatt wird zunehmend unterstes Auffangnetz

In beiden Bereichen der betrieblichen Sozialarbeit im Auftrag von integra gab es 2015 keine gravierenden Veränderungen gegenüber dem Vorjahr: Im den **Arbeitsprojekten für Erwachsene** stieg die Zahl der betreuten KlientInnen leicht an, im **Jugendbeschäftigungsprojekt Werkstatt** fiel sie etwas. Die Reduktion der im Erwachsenenbereich geleisteten Beratungsstunden resultiert in erster Linie aus der Tatsache, dass im Vorjahr deutlich mehr Stunden angefallen waren, als im Auftrag von integra enthalten. 2015 wurde die Leistung dem Auftragsumfang angepasst. Der Rückgang der Beratungsstunden ist insofern den organisatorischen Rahmenbedingungen geschuldet und kein Indiz für einen gesunkenen Beratungsbedarf.

Statistik Betriebliche Sozialarbeit (*integra*)

	KlientInnen		Beratungsstd.		Std./KlientIn	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Beratungen im GBP insgesamt	189	182	1.513,5	2061	8,0	11,3
davon für männliche Klienten	83	85	684,0	1093	8,2	12,9
davon für weibliche Klientinnen	106	97	829,5	968	7,8	10,0
Beratungen im Jugendprojekt insgesamt	36	40	1.260,0	1260	35,0	31,5
davon für männliche Klienten	26	26	951,0	722,5	36,6	27,8
davon für weibliche Klientinnen	10	14	309,0	537,5	30,9	38,4

Im Bereich des **niederschweligen Jugendarbeitsprojektes Werkstatt** gibt es Entwicklungen, die zu überdenken sind. Da im Land mittlerweile und glücklicherweise große Anstrengungen unternommen werden, Jugendliche und Heranwachsende möglichst frühzeitig vor einem Abgleiten in Dauerarbeitslosigkeit zu bewahren, und deshalb eine ganze Reihe von qualifizierenden Projekten für diese Zielgruppe aufgelegt wurden, haben sich die Zielgruppen des niederschweligen Projektes verändert: In die Werkstatt kommen zunehmend mehr Jugendliche, für die die qualifizierenden Maßnahmen zu anspruchsvoll sind und bei denen Motivationsarbeit und Gewöhnung an geregelte Strukturen die vordringlichsten pädagogischen Ziele sein müssen.

Als Beispiel dafür, dass eine solche niederschwellige Arbeit notwendig ist, gelingen kann und welche Anforderungen sie stellt, drucken wir nachfolgend den Abschlussbericht einer Jugendhilfeorganisation über einen Klienten, der von der pädagogischen Mitarbeiterin des *dowas* im Jugendprojekt Werkstatt, Margot Feurle, (mit-) betreut wurde. Alle Angaben, die Rückschlüsse auf die Identität des Klienten geben könnten, wurden geschwärzt.

Abschlussbericht über [REDACTED] Arbeit in der Werkstatt Bregenz

Nach einem Vorstellungsgespräch am 24-03-2016 mit Fr. Margot Feurle (pädagogische Mitarbeiterin der Werkstatt) konnte [REDACTED] spontan zusagen, ab dem 29-03-2016 als Mitarbeiter in der Werkstatt Bregenz anzufangen. Besonders gefreut hat er sich auf die Außenarbeiten in den Gärten, Anlagen und Spielplätzen.

Obwohl [REDACTED] enorme Ängste hat, Unbekanntes alleine anzugehen, und er in den letzten Jahren massive soziale Schwierigkeiten hatte mit Gleichaltrigen und Vorgesetzten, war er sehr motiviert, arbeiten zu gehen. Nachdem ich mit [REDACTED] den Arbeitsweg einmal gemeinsam hin und zurück gemacht habe, konnte er den Weg ab dem 2. Tag alleine und pünktlich bewältigen.

Er war immer der erste in der Arbeit. [REDACTED] hat auch jedes gemeinschaftliche Angebot zusätzlich zur Arbeit mit großer Freude angenommen (sozialpädagogischer Tag an der Bolgenach, gemeinsames Kochen und Essen, Workshops an den Freitagen)

Zu Hause war [REDACTED] sehr zurückgezogen und übte kaum Aktivitäten aus. Es machte den Eindruck, dass er täglich darauf wartete, wieder arbeiten gehen zu dürfen. Am liebsten wäre er den ganzen Tag in der Werkstatt gewesen, dies hätte ihn dann aber auch überfordert.

Während der gesamten Arbeitsphase war ich in intensivem Kontakt mit Fr. Feurle. Ich habe sie [REDACTED] gegenüber als sehr professionell, strukturiert, leitend und klar, gleichzeitig aber auch als sehr einladend, herzlich und einfühlsam fürsorgend erlebt. Ebenso hat Fr. Feurle zusammen mit Ihren Mitarbeitern ein einfühlsames Klima für [REDACTED] angeboten, welches ihm große Entwicklungsschritte erlaubte.

Für [REDACTED] war die Zeit in der Werkstatt der Einstieg in sein Berufsleben. So wie wir [REDACTED] erlebten, war es für ihn ein unglaublich großer Erfolg, dass er sich auf die Anweisungen einlassen konnte und dass es zu keinen Aggressionsausbrüchen, Beschimpfungen oder Zerstörungen gekommen ist, besonders wenn man seine Geschichte kennt.

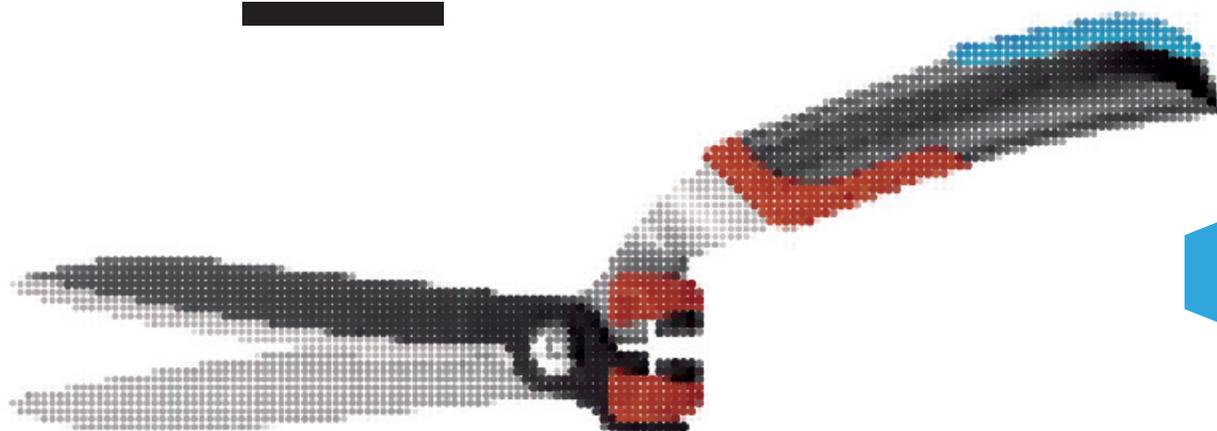
Die Betreuung von [REDACTED] in der Jugendhilfe wurde zugunsten einer Rückführung nach [REDACTED] beendet. Dabei war der Abschied von der Werkstatt Bregenz für [REDACTED] sehr wehmütig und er wollte in [REDACTED] als erstes eine Arbeit suchen gehen.

Auch wenn das Ziel einer Überführung in den offiziellen Arbeitsmarkt nicht erfolgt ist, für [REDACTED] selbst ist diese Zeit in der Werkstatt möglicherweise positiv richtungsgebend für sein ganzes Leben. Wissend darum, wie nachhaltig Initialerfahrungen die Psyche des Menschen beeinflussen.

In diesem Sinne bedanke ich mich persönlich, und auch im Namen von [REDACTED] sehr herzlich für das freundliche und kompetente Angebot, diese überaus wertvolle Erfahrung gemacht haben zu dürfen.

Mit freundlichem Gruß

[REDACTED]



SPAGAT ZWISCHEN SOZIALEM UND WIRTSCHAFTLICHKEIT



Tagtäglich muss das integra Team einen Spagat stemmen und zugleich sozial und wirtschaftlich sein. Wir unterstützen Menschen, die lange Zeit auf Arbeitsuche sind, müssen aber gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Produkte und Dienstleistungen Geld einbringen. Neben den Förderungen finanziert sich integra nämlich zu 50 Prozent selbst. Insgesamt standen für 2015 10,5 Millionen Euro an Budget zur Verfügung, zwölf Prozent mehr als im Vorjahr. Das Ziel ist es, Arbeit zu schaffen, aber nicht in Konkurrenz zu Wirtschaftsbetrieben zu treten. integra beschäftigt, qualifiziert und betreut – an 19 Standorten im ganzen Land – über 520 Menschen. Im Jahr 2015 waren aufgrund der befristeten Verweildauer über 1.000 TeilnehmerInnen in verschiedensten Projekten, davon ca. ein Drittel in Jugendprogrammen.

Neue Projekte. Neue attraktive Arbeitsplätze.

Stillstand gibt es bei integra nicht. Auch 2015 standen wieder neue Projekte an, neben der Erweiterung von Siebensachen um einen Kinder-Secondhand zum Beispiel das Bilder- und Rahmenprojekt.

Erweiterung bei Siebensachen

Das Kaufhaus „Siebensachen“ am Bregenzer Kornmarkt, feierte 2015 sein fünfjähriges Jubiläum mit einer Erweiterung um einen Kinder-Secondhand und dem Umbau der Räumlichkeiten auf insgesamt 750 Quadratmeter. Die Neuerungen bringen zusätzlich die Integration von arbeitssuchenden Jugendlichen in diesen Bereich mit sich. 8 Schützlinge werden aktuell für eine Ausbildung oder Arbeit fit gemacht und lernen so alles, was im Handel an Herausforderungen anfällt. Auch die Jugendlichen in den hauseigenen Produktionswerkstätten und die vielen anderen integra Arbeitsbereiche unterstützen Siebensachen mit der Zulieferung von eigenen Produkten.

Bild & Rahmen – integra Produktionsschule Oberland/Bludenz

Aufgrund der Pensionierung und Geschäftsauflösung einer Bilderrahmenwerkstatt in Nenzing konnten die gesamte Geschäftsausstattung und der Kundenstock für die integra Produktionsschule gewonnen werden. Allen Beteiligten war wichtig, dass Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen möchten, durch die Methode des Produktionsunterrichts einen positiven Zugang zu den Bereichen Arbeit und Ausbildung erreichen. Das Selbstvertrauen und Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen wird gestärkt und sie können in einem weiteren Bereich wertvolle Erfahrungen sammeln. Am Standort in Bludenz durchlaufen jährlich bis zu 70 junge Leute die Produktionsschule.

18

Inhaltliche Schwerpunkte der integra Vorarlberg

integra hat zum Ziel, die gesellschaftlichen Armutstendenzen wirksam zu bekämpfen und die Lebenslage der Betroffenen zu verbessern. Einerseits werden Menschen über **Aktivierung, Arbeitstraining, Sozialbetreuung, Vermittlungsunterstützung** und **Qualifizierung** in Arbeit und Lohn gebracht, andererseits werden für Menschen ohne Jobchance **alternative Strukturen** geschaffen. Besondere Zielgruppenschwerpunkte dabei sind so genannte „**Niedrigqualifizierte**“ bzw. „**BildungsabbrecherInnen**“, **Jugendliche am Übergang Schule zu Beruf**, Menschen mit **Migrationshintergrund, Ältere** und **Frauen**.

Ziel	Programme, Maßnahmen	Plätze / Anteil
Verhinderung der Verfestigung der Arbeitslosigkeit/ Langzeitarbeitslosigkeit	Berufsfindung, Profil, Sozialökonomischer Betrieb refugees@work, Neuland	150 / 26%
Dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen ohne Jobchance als Alternative/Schaffung neuer Strukturen	Jobs mit Perspektive Integrationsleasingpool	38 / 8%
Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit/Übergang Schule-Beruf	Produktionsschulen x 3 WerkStadt Bregenz, Talent Scout Talent Collage, Pflichtschulabschluss	125 / 28%
Höherqualifizierung, Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.	Metallschulung, ÜAZ, Lehrlinge, Schaffa im Ländle	136 / 30%

Der Erfolg der Programme besteht in der Mischung von Arbeiten, Lernen und persönlicher Auseinandersetzung. Zentraler Gegenstand der Arbeit sind die Persönlichkeits- und Charakterbildung, die soziale Kompetenz, Schlüsselqualifikationen und primären Arbeitstugenden. Darauf aufbauend folgen die fachlichen Grundkenntnisse, Fertigkeiten und Fachqualifikationen.

Geschäftsführung



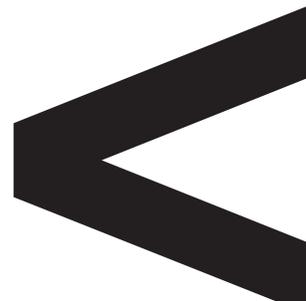
Stefan Koch



Robert Baljak

Kontakt:
integra Vorarlberg gem. GmbH
Konrad-Doppelmayr-Str. 13
A - 6922 Wolfurt

Tel. 05574 54254, Fax – DW 15
Mail. office@integra.or.at
Web: www.integra.or.at



SIE MÖCHTEN UNS UNTERSTÜTZEN?

Ob mit Geld, Waren oder Zeit: Wir freuen uns über Ihre Hilfe. Wir garantieren die strikte Verwendung der Mittel nach Ihrem Wunsch. Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, lernen Sie unsere Arbeit vor Ort kennen!

- Geldspenden

Mit der Aktion „1 + 1“ ermöglichen Sie unseren Klienten ein warmes Mittagessen. Täglich kochen im Treffpunkt KlientInnen für andere KlientInnen. Eine Mahlzeit kostet etwa vier Euro, die Hälfte davon berappen unsere KlientInnen selbst, die andere Hälfte muss über Spenden aufgebracht werden. Dafür brauchen wir Spenden in Höhe von 4.500 Euro.

Unsere Bankverbindung: Sparkasse Bregenz, IBAN AT 35 20 601 000 000 18 036

- Sachspenden

Lebensmittel, Säfte, Drogerieartikel oder Leintücher können wir direkt in der Betreuung unserer KlientInnen einsetzen. Aber auch Gutscheine jeder Art, etwa für Büromaterial, Nahrungsmittel oder Benzin erleichtern unsere Arbeit.

- Zeitspenden

Beispielsweise als Grafiker, Rechtsanwalt oder Programmierer sind einige Stunden Ihrer Zeit ein echtes Geschenk für *dowas*. Vor allem in Bereichen wie Sport oder Kultur sind Ihre Kenntnisse von großem Wert für die Freizeit-Aktivitäten unserer KlientInnen.

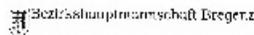
SIE HABEN UNS UNTERSTÜTZT UND GEFÖRDERT

Dafür und für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2015 bedanken wir uns bei

Land Vorarlberg



Bezirkshauptmannschaft Bregenz



Landeshauptstadt Bregenz



Bundesministerium für Justiz



Für Geldspenden im Jahr 2015 danken wir herzlichst

Marcus Amman
Martin Bentele
Markus Domenig
Dr. Katharina Bannmüller
Wolfgang Faigl
Elisabeth Faissner-König
Werner Fetz
Helmut Lau
Margot Sabo
Familie Niedermair
Lydia Obrist
der Evangelischen Pfarrgemeinde Bregenz
der Kolpingfamilie Bregenz